

Datenschutzhinweise für Mandanten und andere Betroffene¹

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben insbesondere im Hinblick auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union und auf das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den beauftragten bzw. vereinbarten Dienstleistungen oder der jeweiligen anderen Beziehung. Daher werden nicht alle Teile dieser Informationen auf Sie zutreffen.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlich ist:

Patentanwälte Bressel und Partner mbB

Potsdamer Platz 10

10785 Berlin

Tel.: +49 (0)30 6 264 099-0

Sie erreichen unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten unter:

Patentanwälte Bressel und Partner mbB

Datenschutzbeauftragter

Potsdamer Platz 10

10785 Berlin

Tel.: +49 (0)30 6 264 099-0

Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von Mandanten oder anderen Betroffenen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistungen erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handels- und Vereinsregister, Internet, öffentliche

¹ z.B. Bevollmächtigte, Interessenten an Dienstleistungen, Erfinder

Telefonbücher) zulässigerweise gewinnen oder die uns von Dritten (z. B. einer Kreditauskunftei) berechtigt übermittelt werden.

Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Geschlecht, Adresse und andere Kontaktdaten, Webseiten, Geburtstag und -ort sowie Staatsangehörigkeit). Darüber hinaus können dies auch Auftragsdaten (z.B. Auftrag zur Einreichung einer Schutzrechtsanmeldung), Daten zur Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen und zur Rechnungsstellung (z. B. Bankverbindung, Steuernummern, Umsatzsteueridentifikationsnummern, Umsatzdaten im Zahlungsverkehr), Informationen über Ihre finanzielle Situation (z.B. Bonitätsdaten, Scoring- oder Ratingdaten), Dokumentationsdaten (z.B. Gesprächsprotokolle) sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten sein.

Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

a. zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

Die Verarbeitung von Daten erfolgt zur Erbringung unserer Dienstleistungen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere zur Vorbereitung, Einreichung und weiteren Betreuung von Schutzrechtsanmeldungen Deutschland, Europa und weltweit. Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich nach der beauftragten Dienstleistung.

b. im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung unserer Dienstleistung zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele:

- Anmeldung und Durchsetzung gewerblicher Schutzrechte,
- Prüfung der Berechtigung zur Anmeldung gewerblicher Schutzrechte,
- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z.B. SCHUFA) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken,
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs unserer Kanzlei,
- Verhinderung und Aufklärung von Verletzungen gewerblicher Schutzrechte,

- Videoüberwachungen zur Wahrung des Hausrechts oder zur Sammlung von Beweismitteln bei Überfällen und Einbrüchen,

c. aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Benennung von Erfindern und Designern bei den Behörden des gewerblichen Rechtsschutzes) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf einer Einwilligung wirkt erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten. Der Widerruf ist an die oben genannte Kanzleiadresse, möglichst an den Datenschutzbeauftragten, zu richten. Bitte beachten Sie, dass auch bei einem Widerruf unsere berechtigten Interessen einer Löschung Ihrer Daten entgegenstehen können.

d. aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DSGVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DSGVO)

Zudem unterliegen wir als Patentanwaltskanzlei diversen rechtlichen Verpflichtungen bei der Ausführung unserer Dienstleistungen. So sind zum Beispiel die Anmelder und die Erfinder bei einer Patentanmeldung gegenüber der Behörde zu nennen.

Wer erhält Ihre Daten?

Innerhalb der Patentanwaltskanzlei erhalten diejenigen Personen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Auch von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen (zum Beispiel Korrespondenzanwälte in anderen Ländern) können zu diesen Zwecken Daten erhalten, wenn diese im Rahmen der uns vorliegenden Berechtigung Ihre Daten verarbeiten und/oder speichern. Dies sind Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, IT-Dienstleistungen, Logistik, Druckdienstleistungen, Telekommunikation, Inkasso, Beratung sowie Vertrieb und Marketing.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb unserer Kanzlei ist zunächst zu beachten, dass wir zur Verschwiegenheit über alle mandantenbezogenen Tatsachen

verpflichtet sind, von denen wir Kenntnis erlangen (Verschwiegenheitsverpflichtung gemäß § 39a Abs. 2 PAO). Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Informationen über unsere Mandanten dürfen wir grundsätzlich nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, der Mandant eingewilligt hat oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z.B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Deutsches Patent- und Markenamt (DPMA), Europäisches Patentamt (EPA), Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), Strafverfolgungsbehörden, Gerichte) insbesondere bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung,
- Insolvenzverwalter, welche im Rahmen einer Zwangsvollstreckung anfragen,
- Dienstleister, die wir im Rahmen von Auftragsverarbeitungsverhältnissen heranziehen, wie zum Beispiel Korrespondenzanwälte und Steuerberater.

Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union (sogenannte Drittstaaten) findet statt, soweit

- es zur Ausführung unserer Dienstleistungen erforderlich ist (z.B. Schutzrechtsanmeldungen),
- es gesetzlich vorgeschrieben ist (z.B. Pflicht zur Nennung der Erfinder und Anmelder) oder
- Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben.

Über welchen Zeitraum werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten solange dies für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Dabei ist zu beachten, dass Schutzrechtsanmeldungen und daraus entstehende Rechte über einen Zeitraum von vielen Jahren gültig sein können. Zum Beispiel beträgt die maximale Dauer eines Patentbesitzes typischerweise 20 Jahre. Die Schutzdauer von Markenschutzrechten kann unbegrenzt sein.

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete – Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung von Aufbewahrungspflichten, die sich z.B. aus § 44 PAO ergeben können. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen in der Regel sechs Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt.

Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch aus Artikel 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG).

Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Gibt es für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung und zur Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, eine Dienstleistung für Sie auszuführen und zu beenden.

Inwieweit führen wir eine automatisierte Entscheidungsfindung durch?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO. Sollten wir diese

Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber und über Ihre diesbezüglichen Rechte gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Findet Profiling statt?

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Wir setzen Profiling beispielsweise in folgenden Fällen ein:

- Im Rahmen der Beurteilung Ihrer Kreditwürdigkeit nutzen wir Scoring-Verfahren. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Mandant seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielsweise frühere und bestehende Verbindlichkeiten sowie Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsbeziehung und Informationen von Kreditauskunfteien einfließen. Die errechneten Scorewerte unterstützen uns bei der Entscheidungsfindung im Rahmen der Annahme von Aufträgen und Ausführung von Handlungen.

Informationen über Ihr Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DSGVO

Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Artikel 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können berechtigte Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Empfänger eines Widerspruchs

Der Widerspruch kann formfrei mit dem Betreff „Widerspruch“ unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse erfolgen und sollte gerichtet werden an:

Patentanwälte Bressel und Partner mbB

Datenschutzbeauftragter

Potsdamer Platz 10

10785 Berlin

Der Widerspruch kann elektronisch an office@patentberlin.com gerichtet werden, mit der Bitte, „Datenschutzbeauftragter“ im Betreff mit zu erwähnen.